



Bautzen, 3. Februar 2016

Ihr Ansprechpartner:
**Herr Landrat Lange, Verbandsvorsitzender,
Sprecher des Beirats**
03581 / 663 9001

Herr Dr. Heinrich, Leiter der Verbandsverwaltung
03591 / 67966 110

www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de
E-Mail: info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de

Pressemitteilung

Am 1. Februar 2016 traf sich der Beirat zum Entwicklungskonzept für die Gemeinden Schleife, Trebendorf und Groß Döben unter dem Vorsitz von Landrat Lange zu seiner 31. Sitzung in Trebendorf. Anlass war neben dem beabsichtigten Eigentümerwechsel bei VEM die gemeinsame Bewältigung der laufenden und dringlichen Handlungserfordernisse. Der Diskussion lag die nicht öffentliche Gemeinderatssitzung von Schleife und Trebendorf zugrunde, die von Landrat Lange, Vertretern von Vattenfall, des SMWA und dem Regionalen Planungsverband positiv bewertet wurde.

Zunächst informierte das Bergbauunternehmen über den Stand des gegenwärtigen Verkaufsprozesses und konnte feststellen, dass dieser planmäßig voranschreitet. So ist es absehbar, dass nach Auswertung der durch die Interessenten abzugebenden qualifizierten Angebote konkrete Verhandlungen aufgenommen und nach Möglichkeit bis Sommer 2016 abgeschlossen werden können. Eine wichtige Rahmenbedingung hierfür ist die gesetzgeberische Umsetzung der zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft erzielten Übereinkunft zur Schaffung einer Sicherheitsbereitschaft mit einer längerfristigen Perspektive für die verbleibenden Kraftwerkskapazitäten u. a. am Standort Boxberg.

Auch wenn die Entscheidung über die Nutzung des Abbaugebietes 2 dem künftigen Eigentümer obliegt, stehen gegenwärtig für die Entwicklung des Kirchspiels Schleife wichtige Aufgaben an: Dazu gehören insbesondere die technische Planung und Realisierung des deutsch-sorbischen Schulkomplexes und die Ermittlung des weiteren Bedarfs für betreutes Wohnen. Daneben ist auch die vereinbarte Weiterführung der Flächennutzungsplanung unabdingbar, um für die Förderfähigkeit von Projekten die notwendigen Planungsgrundlagen vorweisen zu können. Nicht zuletzt haben die Menschen in den potenziell von Umsiedlung betroffenen Orten einen großen Informations- und Austauschbedarf über die weiteren baulichen und infrastrukturellen Entwicklungsmöglichkeiten. Zudem führt die derzeitige Unsicherheit zu einem nicht unerheblichen Grad an psychischer Belastung bei den potentiellen Umsiedlern.

Vor diesem Hintergrund fordern die kommunalen Vertreter vom Bergbaubetreibenden, die Unterstützung der Gemeindeverwaltung und ihrer Bürger auf möglichst hohem Niveau fortzu-

führen. Dafür maßgeblich sind das Soziale Netzwerk, die Seelsorge, die Kommunalberatung sowie der Ausgleich für den bergbaubedingten Verwaltungsmehraufwand mit ihren jeweils kompetenten sowie erfahrenen Mitarbeitern in Beruf und Ehrenamt. Deren Leistungen werden kontinuierlich gebraucht, um die gegenwärtigen Aufgaben zu bewältigen und die weiteren Herausforderungen anzupacken bzw. fortzuführen, wie sie sich schnell nach dem Eigentümerwechsel einstellen werden. Insofern wird auf den Fortbestand dieser Einrichtungen großer Wert gelegt, um gerade in der momentanen Unsicherheit den notwendigen Kommunikationsprozess aufrechtzuerhalten und den betroffenen Menschen Handlungsfähigkeit sowie Planungssicherheit zu vermitteln. Das Bergbauunternehmen zeigt sich in dieser Frage gesprächsbereit und kündigt an, sich zeitnah mit den Kommunen über eine Anschlussregelung zu verständigen.

Bernd Lange
Landrat und Verbandsvorsitzender,
Sprecher des Beirats